

# Mein NEWSLETTER aus Gemünden & Berlin

**Bernd Rützel**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ausgabe 11 | Dezember 2014

**Liebe Leserin,  
lieber Leser,**

der November war einmal mehr ein Monat voller sehr guter Kontakte und Gespräche. Ich konnte wieder einige Schulklassen in Berlin treffen, ebenso den Friedensnobelpreisträger Gorbatschow. Ich hatte interessante und arbeitsreiche Sprechstunden, feierte das Einjährige meines Bürgerbüros in Gemünden, hatte eine Woche eine junge Gewerkschaftlerin zu Gast und beteiligte mich am bundesweiten Vorlesestag.

Und so ganz „nebenbei“ haben wir in Berlin einiges auf den Weg gebracht – nicht zuletzt den ersten schuldenfreien Haushalt seit über 40 Jahren. Das alles und noch viel mehr gibt's hier im neuen Newsletter.

Herzliche Grüße



**Michail Sergejewitsch  
Gorbatschow**



Am Rande einer Sitzung in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft traf ich auf den ehemaligen russischen Staatspräsidenten und Friedensnobelpreisträger Michail Sergejewitsch Gorbatschow, der anlässlich der Feierlichkeiten zum 25. Jubiläum des Mauerfalls in Berlin war.

Gorbatschow hat bei der Wiedervereinigung eine entscheidende Rolle eingenommen. Der Kontakt mit einem Staatsmann, dem wir in Deutschland so viel verdanken, war etwas Besonderes für mich.

## INHALT

- 3 ... KLARTEXT: e.on & Co.
- 4 ... Die schwarze Null
- 8 ... Prima Klima
- 10 ... SuedLink
- 11 ... Lisas Post aus den USA
- 13 ... Ein Jahr Bürgerbüro
- 14 ... Fracking

## KONTAKT

### Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13  
97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563  
Fax 09351 6058298  
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030 227 73434  
Fax 030 227 76433  
bernd.ruetzel@bundestag.de

[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)

# Aus dem PARLAMENT



## MEHR INVESTITIONEN UND AUSGEGLICHERER HAUSHALT

Diese Woche hat der Deutsche Bundestag erstmals seit 46 Jahren einen ausgeglichenen Bundeshaushalt beschlossen. Darauf können wir stolz sein. Denn in unserer Regierungsverantwortung haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den Grundstein dafür gelegt:

Mit den Reformen der Agenda 2010 haben wir den Boden bereitet für unseren heutigen wirtschaftlichen Erfolg – auch wenn das viele in unserer Partei nicht gerne hören, die Wissenschaft ist sich da einig in der Bewertung!

Während der letzten Finanzkrise haben wir dafür gesorgt, dass hunderttausende Arbeitsplätze in der Industrie erhalten geblieben sind. Gleichzeitig haben wir der Finanzbranche endlich wirksame Regeln gesetzt, damit sie Menschen und Wirtschaft dient, anstatt auf Kosten der Gemeinschaft Profite zu machen.

Fakt ist: Verschuldung zum Nulltarif gibt es nicht. Denn je höher die Schuldenlast, desto geringer der

staatliche Handlungsspielraum, insbesondere dann, wenn die Zinsen wieder steigen. Der ausgeglichene Haushalt ist notwendig, um auch nachfolgenden Generationen eine gerechte Chance auf Wohlstand, Teilhabe und Sicherheit zu bieten.

***Unser Erfolg: Wir schaffen den Haushaltsausgleich, ohne am falschen Ende zu sparen. Denn wir erhöhen gleichzeitig die Mittel für Bildung und Forschung, für den Erhalt unserer Verkehrswege, für den sozialen Städtebau und für die Entlastung der Kommunen.***

Eine solide Finanzpolitik und mehr Investitionen – beides ist notwendig, um die richtigen Weichen für eine gute Zukunft zu stellen. Insbesondere wollen wir die Investitionskraft unserer Kommunen weiter stärken. Darauf wird die SPD-Bundestagsfraktion gezielt ein Augenmerk legen beim konkreten Einsatz der 10 Milliarden Euro, die von 2016 an für zusätzliche Investitionen im Bundeshaushalt zur Verfügung stehen.

**Folge mir auf facebook  
(auch ohne facebook-Konto!):  
[www.facebook.com/  
BerndRuetzelMdB](https://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)**

## FREISTAATSFEST DER BAYERISCHEN SPD-ABGEORDNETEN

Vor 96 Jahren rief der Sozialdemokrat Kurt Eisner mit den Worten „Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt! Bayern ist fortan ein Freistaat!“ in der Nacht vom 7. auf den 8. November in München den Freistaat Bayern aus.

Die Landesgruppe Bayern der SPD-Bundestagsfraktion – die Gruppe aller 22 bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten – feiert diese friedliche Absetzung der Monarchie traditionell in der Vertretung des Freistaates in Berlin.

Als fränkischer Abgeordneter oblag es mir, die fränkische Weinkönigin samt einige ihrer Weinprinzessinnen standesgemäß mit einem guten Tropfen Frankenwein zu begrüßen.



# Aus dem PARLAMENT



## RENTE: SOLIDE FINANZIEREN, GERECHT GESTALTEN

Mit dem Rentenpaket haben wir im Juli dieses Jahres umfangreiche Verbesserungen umgesetzt. Bislang haben 163.000 Rentenversicherte einen Antrag auf die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren gestellt. Diese Zahl bewegt sich im vorhergesagten Rahmen. Es war notwendig, diese Gerechtigkeitslücke zu schließen und die Lebensleistung vieler Menschen in der Rentenversicherung besser anzuerkennen. Ich bin froh, dass uns dies gelungen ist.

Aktuell verfügt die Rentenkasse über eine Rekordreserve von über 33 Milliarden Euro. Das entspricht bis Ende 2014 rund 1,82 Monatsausgaben der Rentenversicherung. Da die gesetzliche Obergrenze von 1,5 Monatsausgaben nach Schätzungen auch 2015 überschritten würde, muss der Beitragssatz gemäß geltendem Recht zum 1. Januar 2015 von 18,9 auf 18,7 Prozent abgesenkt werden. Zwar entlastet dies Beschäftigte und Unternehmen, ich halte dennoch nichts von dieser kurzfristigen Maßnahme: Es ist wie bei den Wasserpreisen: Die Kommunen sind gesetzlich verpflichtet, diese jährlich anzupassen. Das sorgt

– genau wie jetzt bei den Rentenbeiträgen – für ein Auf und ab, das niemandem nützt!

Es gibt in diesem Bereich auch gute Nachrichten: Die Fähigkeiten älterer ArbeitnehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt werden zunehmend wertgeschätzt. Die Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen hat sich gegenüber dem Jahr 2000 mit 23 Prozent auf heute 50 Prozent mehr als verdoppelt. Doch diese positive Zahl täuscht über einige Probleme hinweg: Viele dieser Beschäftigten üben lediglich einen Minijob ohne Sozialversicherungspflicht aus – und viele sind bereits in der Freistellungsphase der Altersteilzeit.

Es bleibt also viel zu tun. Unser Ziel ist, dass Beschäftigte möglichst lange und gesund am Arbeitsleben teilhaben können. Deshalb erarbeiten wir derzeit im Ausschuss für Arbeit und Soziales gemeinsam mit unserem Koalitionspartner Vorschläge, wie wir die Übergänge in die Rente bis zur Regelaltersgrenze flexibler gestalten können. Um die Fähigkeiten der älteren Beschäftigten besser und länger nutzen zu können, muss darüber hinaus die betriebliche Weiterbildung gestärkt werden.

Es bleibt viel zu tun!

## KLARTEXT

### ATOMFONDS MUSS SEIN!

Ich war gegen die Einrichtung eines Fonds für den Rückbau von Atomkraftwerken. Aber ich muss sagen, dass ich meine Meinung total geändert habe.

Wir brauchen einen solchen Fonds. Unbedingt. Die Atomwirtschaft häuft jahrzehntelang Gewinne an und jetzt will sie sich aus der Verantwortung für die Entsorgung ihrer Hinterlassenschaften stellen. Genau das versucht nämlich e.on mit seinen letzte Woche überraschend öffentlich gemachten Umstrukturierungsplänen.

Die müssen bezahlen! Es gilt das Verursacherprinzip: Die Verantwortung für die Folgekosten der Atomkraft liegt bei der Atomwirtschaft. Deswegen muss ein Fonds her, in den Energiekonzerne ihre Rücklagen und weitere Sicherheiten geben. Ziel muss es sein, dass der Staat nie in die Situation kommt, sich von der Atomindustrie erpressbar zu machen.

# Aus dem PARLAMENT



## DER BUNDESHAUSHALT: FAKTEN, FAKTEN, FAKTEN

Der Bund soll 2015 keine neuen Schulden machen. Das haben wir im Bundestag beschlossen. Die Gesamtausgaben wurden für das kommende Jahr dabei auf 299,1 Milliarden Euro festgelegt. Das sind 400 Millionen Euro weniger als von der Regierung vorgesehen. Im laufenden Jahr betragen die Ausgaben 296,5 Milliarden Euro.

Für Investitionen stehen 26,45 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind 364 Millionen Euro mehr als die Regierung eingeplant hatte. Das angekündigte Investitionspaket von insgesamt 10 Milliarden Euro soll von 2016 an umgesetzt werden.

Die Einnahmen aus Steuern sollen im kommenden Jahr 277,48 Milliarden Euro betragen.

***Mit dem Haushalt ohne neue Schulden stoppt die Koalition das Anwachsen des Schuldenberges und durchbricht die Schuldenspirale, was in der Vergangenheit selbst in konjunkturell guten Zeiten nie gelungen ist. Damit wird ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik verwirklicht.***

Uns ist es in den Haushaltsberatungen gelungen, Änderungen durchzusetzen:

+ Für Kultur-Projekte gibt es rund 100 Millionen Euro mehr.

+ Für den Hochwasserschutz stellen wir 20 Millionen Euro bereit.

+ Für Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie stellen wir 10 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung – gegen Islamismus, Salafismus und Antisemitismus.

+ Die Mittel für die Migrationsberatung werden um 8 Millionen Euro erhöht.

+ Der Verbraucherschutz wird mit 2 Millionen Euro gestärkt.

+ Mit 20 Millionen Euro verbessert das Parlament die Ausrüstung der Bundespolizei.

+ Für das Technische Hilfswerk und die Feuerwehren stehen fast 10 Millionen Euro zusätzlich bereit.

+ Goethe-Institut und DAAD erhalten für ihre wichtige Arbeit 20 Millionen Euro mehr, die Bundeszentrale für Politische Bildung erhält zusätzlich 5 Millionen Euro.

+ Die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der östlichen Partnerschaft (Ukraine, Moldau, Georgien, Belarus, Armenien und Aserbaidschan) fördert der Bundestag mit 10 Millionen Euro.

+ Die Mittel für den Sport werden um 15 Millionen Euro erhöht.

+ Den Umweltschutz durch Rußpartikelfilter fördern wir mit 30 Millionen Euro.

+ Für alternative Antriebstoffe insb. von Schiffen werden 7,5 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt.

Auch für die Zukunft muss mit Widrigkeiten gerechnet werden, internationalen Krisen etwa, geringeren Steuereinnahmen oder steigenden Zinsen – aber: Dieser Bundeshaushalt 2015 ist insofern ein Meilenstein, als er Ausgabendisziplin und Nullverschuldung mit politischer Schwerpunktsetzung und einer Verstärkung der Investitionen verbindet.

Der Anspruch der SPD-Bundestagfraktion bleibt, auch künftige Haushalte ohne neue Schulden zu schaffen. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit für jüngere Generationen.

# Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## DER GRÜFELLO, DIE KLEINE HEXE, EIN POLITIKER UND GANZ VIELE FRAGEN

Am 21. November war „Bundesweiter Vorlesetag“. Ich war in zwei Förderschulen der Lebenshilfe in Gemünden und Würzburg. Hier meine Pressemitteilung zum Besuch in Würzburg:

„Als meine Töchter klein waren, habe ich ihnen abends auch immer Geschichten vorgelesen. Und heute lese ich euch vor.“ Das Eis ist schnell gebrochen und der als „Politiker“ vorgestellte Mann wird neugierig beäugt. „Wer von euch kennt das Buch Der Grüfello?“ Finger schnellen in die Höhe, aufgeregtes Plappern überall. Wild durcheinander werden Geschichten von eigenen Lieblingsbüchern erzählt. Spätestens jetzt ist Bernd Rützel klar: Das wird hier mehr als nur ein einfaches Vorlesen.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete ist zu Gast in der Zellerauer Christophorus-Förderschule der Lebenshilfe und sitzt neugierigen Schülerinnen und Schülern gegenüber, für die bereits längeres Stillsitzen eine schwierige Übung darstellt. Und so wird



Ich war auch in der Leo-Weismantel-Schule in Gemünden zum Vorlesen und Fragen Beantworten (Foto). Mein Dank gilt Rektor Burkard Betz und seinem Stellvertreter Johannes Teichmann für die Organisation des Vormittages. Hier wird eine tolle Arbeit geleistet! Mein Respekt und Dank an alle Lehrerinnen und Lehrer!

auch das Vorlesen immer wieder unterbrochen. Mal erläutern Rützel oder Schulleiter Martin Wimmer ein schwieriges Wort, mal fängt eines der Kinder an zu erzählen, ein anderes will unbedingt sofort eine Frage an den fremden Mann da vorne loswerden. Schulleiter Wimmer kann den Bewegungs- und Erzähltrieb der Kinder kaum bremsen, der Stuhlkreis bekommt eine lebhaftere Eigen-dynamik, die allen Beteiligten viel Freude bereitet.

### Ein kleines Lese-Fest

Doch bevor die Kinder in kleine Gruppen mit unterschiedlichen Vorlesern eingeteilt werden, gibt es erst einmal eine standesgemäße Begrüßung im großen Kreis. Das Schulanfangs-Lied wird gesungen, ein Schüler begrüßt den Abgeordneten und bedankt sich bei den Eltern, die andere Lesegruppen übernehmen.

Es ist ein richtiges kleines Lese-Fest, das Schulleiter Wimmer und seine Konrektorin Rosemarie Schubert-rügmer zusammen mit den Lehrerinnen auf die Beine gestellt haben. Schließlich ist heute Vorlesetag.

... weiter auf Seite 6

# Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



Im Rahmen des bundesweiten, von der Stiftung Lesen initiierten Vorlesetages am Freitag, den 21. November, lasen über 80.000 Vorleserinnen und Vorleser an allen möglichen Orten vor, von der Bahnhofshalle bis zum Klassenzimmer.

vorgelegten Texte zu verstehen“, so der Abgeordnete.

## Leichte Sprache als Hilfe

Eine Hilfe, mit der auch Menschen mit Leseschwäche oder Lernschwie-

rigkeiten, Ausländer, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen Texte besser verstehen können, ist die Leichte Sprache. „Nur Hauptsätze, nur eine

Aussage pro Satz, jeder Satz in einer neuen Zeile und Fremdwörter so wieso nicht“, es sei nicht leicht, so Rützel, einen komplexen Sachverhalt nur mit „Subjekt, Prädikat, Objekt“ darzustellen.

Und doch fordert der Politiker: „Behörden, Verwaltungen, Institutionen, auch Parteien, müssen mehr als bisher Texte in leichter Sprache anbieten. Sonst bleiben viele Menschen ausgegrenzt“, so Rützel weiter. Insbesondere Formulare und Verträge müssten vermehrt in leichter Sprache abgefasst werden.

Wie toll es ist, vorgelesen zu bekommen – und wie schön es ist, selber zu lesen: das zu vermitteln war Rützel ein besonderes Anliegen bei seinem Besuch in der Förderschule.

## PROFITIERST DU VOM MINDESTLOHN? MELDE DICH!

Ich bin sehr froh, dass wir den gesetzlichen Mindestlohn zum 1. Januar einführen. Das ist ein wichtiger Schritt, damit alle Beschäftigten vom Lohn ihrer Arbeit leben können. Um diesen Meilenstein angemessen zu begehen, suchen wir als SPD-Fraktion Menschen, die von der Einführung des Mindestlohns profitieren und bereit sind, Ihre Geschichte zu teilen. Wenn Du Interesse an einer solchen Zusammenarbeit hast, freue ich mich, wenn Du Dich in meinem Berliner Büro meldest (Adresse auf Seite 1!). Dort hilft Dir mein Team auch gerne bei allgemeinen Fragen zur Umsetzung des Mindestlohns weiter.



Vorlesen in der Christophorus-Schule in Würzburg: Ein Sack Flöhe zu hüten ist definitiv einfacher. Man braucht viel Geduld und Durchhaltevermögen bei der Arbeit mit verhaltensauffälligen und lernbehinderten Kindern. Ich zolle jedem den allergrößten Respekt, der diese Arbeit tagtäglich bewältigt!

Bernd Rützel hat sich an diesem Tag zwei Förderschulen in Gemünden und Würzburg ausgesucht. „Weil es mir ein besonderes Anliegen ist, auf die Situation all der Menschen aufmerksam zu machen, denen Lesen schwer fällt und die sich in unserer immer komplexeren und komplizierteren Welt immer schwerer tun, die

# Aus dem PARLAMENT



## ABSCHAFFUNG VON RESIDENZPFLICHT UND SACHLEISTUNGSPRINZIP WICHTIG FÜR MEHR INTEGRATION

Der Bundestag hat am letzten Donnerstag die weitgehende Abschaffung der Residenzpflicht für Asylsuchende und Geduldete beschlossen. Betroffene können sich somit nach drei Monaten frei in Deutschland bewegen. Ihre Freizügigkeit ist nicht mehr auf Landkreise und Bundesländer beschränkt.

Mit dieser Entscheidung ermöglichen wir Asylsuchenden und Geduldeten mehr Lebensqualität und bauen Bürokratie ab. Zudem gilt für Personen nach Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtungen nach spätestens drei Monaten zukünftig der Vorrang des Geldleistungsprinzips. Sie erhalten in der Regel Geld anstatt Sachleistungen.

Diese Änderung bringt nicht nur für die Betroffenen große Vorteile. Auch die Kommunen profitieren von dem geringeren Bürokratieaufwand und können vielfach sogar Geld einsparen.

Die im Gesetz enthaltenen Regelungen sind ein großer Erfolg für die SPD-Bundestagsfraktion. Wir modernisieren Schritt für Schritt das Flüchtlingsrecht und entbürokratisieren es. Dies ist angesichts der derzeit größten Flüchtlingszahl weltweit nötiger denn je.

## MEHR GELD FÜR DIE KOMMUNEN – MEHR GELD FÜR KITAS

Die Entlastung der Kommunen und die Stärkung ihrer Investitionskraft haben für die SPD einen hohen Stellenwert. Wir werden im Haushalt 2015 mit zusätzlichen Mittel zum Kitausbau die frühkindliche Bildung verbessern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern.

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart sollen die Kommunen noch vor Inkrafttreten des geplanten Bundesteilhabegesetzes in den Jahren 2015 bis 2017 um jährlich eine Milliarde Euro entlastet werden. Außerdem wird das Sondervermögen Kinderbetreuungsausbaues um 550 Millionen auf 1 Milliarde Euro aufgestockt. Der

Forderung zur Unterstützung der Betriebskosten der Kitas kommt der Bund dadurch nach, dass die Länder in den Jahren 2017 und 2018 einen jeweils um 100 Millionen Euro erhöhten Umsatzsteueranteil erhalten.

Die eine Hälfte der Kommunalmilliarde wird als erhöhter Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose fließen. Die andere Hälfte dieser Milliarde wird durch einen höheren Umsatzsteueranteil der Gemeinden erbracht. Das Geld soll den Kommunen zur Verfügung stehen. Wir erwarten von den Landesregierungen, dass es dort auch ungeschmälert ankommt.



Assistenzhunde im Reichstag: Es hat mich tief beeindruckt, was diese vierbeinigen Helfer alles leisten. Sie helfen mit, dass Behinderte ein weitgehend selbstständiges Leben führen können. Wir als SPD-Fraktion streiten dafür, dass sich mehr Menschen als bisher so eine Hilfe leisten können.

# Aus dem PARLAMENT



## SPD-MINISTER BRINGEN DEUTSCHLAND AUF KLIMAKURS

Das Kabinett hat das „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ und den „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz“ beschlossen.

**Es ist das umfassendste  
Programm, das eine  
Bundesregierung jemals zum  
Klimaschutz vorgelegt hat!**

Das Paket von Energieminister Sigmar Gabriel und Umweltministerin Barbara Hendricks wird Treibhausgase reduzieren, Investitionen ankurbeln und neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Schwerpunkt ist der effiziente Einsatz von Energie.

Mit dem Paket wollen Energieminister Gabriel und Umweltministerin Hendricks die Versäumnisse der vergangenen Jahre nachholen – und so das Klimaschutzziel bis 2020 erreichen. Konkret heißt das: 40 Prozent weniger Treibhausgase als 1990.

Bislang gibt es eine Lücke von fünf bis acht Prozent. Das sind mindestens 62 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Um die Lücke zu schließen, haben die Minister Einsparziele für verschiedene Bereiche festgelegt. So sollen



etwa die Kraftwerksbetreiber 22 Millionen Tonnen einsparen.

Das größte Potenzial liegt aber im effizienten Umgang mit Energie. Denn: Die sauberste Energie ist die, die nicht verbraucht wird. Das schont außerdem den Geldbeutel der privaten Haushalte und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. 25 bis 30 Millionen Tonnen könnten so eingespart werden.

Konkret geht es unter anderem um eine bessere Förderung von klimafreundlichem Bauen und Wohnen – 1,2 Milliarden Euro jährlich werden dafür zusätzlich zur Verfügung gestellt für steuerliche Abschreibungen und für ein Förderpro-

Unsere klare Botschaft an die Familien mit studierenden Kindern! 2016 gibt's endlich mehr Geld. Nur Dank der SPD!

gramm der KfW-Bank. Dies wird der Erfahrung nach ein Vielfaches an privaten Investitionen zusätzlich auslösen. Gabriel rechnet bis 2020 daher mit Gesamtinvestitionen von rund 70 Milliarden Euro. Dies könnte die Energiekosten um bis zu 100 Milliarden Euro reduzieren. Außerdem soll es bessere Beratung und Informationen für Verbraucher geben.

**„Wir helfen Dir, dass Du Geld sparen kannst“, sieht Gabriel darum als eine wichtige Botschaft an die Verbraucherinnen und Verbraucher.**

# Aus dem PARLAMENT



## VERBESSERUNG FÜR PFLEGENDE ERREICHT

Pflege zu Hause trotz Job: Viele Angehörige gehen über ihre Grenzen hinaus, um sich etwa um die pflegebedürftige Mutter oder den kranken Vater zu kümmern. Nun bekommen sie mehr Rechte – und mehr Geld.

Stellen Sie sich vor, der Vater hat einen Schlaganfall. Die Familie steht plötzlich vor der Frage: was nun? Künftig besteht für die Angehörigen die Möglichkeit, bis zu zehn Tage aus dem Job auszusteigen, um akut eine Lösung zu finden. Neu ist, dass diese zehn Tage finanziell unterstützt werden. Das ermöglicht allen – unabhängig vom Einkommen – sich zu kümmern.

**Das ist für mich eine  
Gerechtigkeitsfrage. Wir lassen  
die Familien nicht alleine.**

Bei einem plötzlichen Pflegefall in der Familie können ArbeitnehmerInnen künftig zehn Tage lang bezahlt vom Job pausieren. Bis zu zwei Jahre können sie zudem künftig kürzer treten: Sie bekommen einen Rechtsanspruch auf sechs Monate Pflegezeit, also auf eine komplette Auszeit, sowie auf bis zu 24 Monate Familien

pflegezeit mit einer Reduzierung der Arbeitszeit auf bis zu 15 Stunden.

### **10 Tage fern vom Job – finanziell abgesichert**

Die zehntägige Auszeit ist zur Organisation der Pflege vorgesehen. Der Lohnersatz soll ab 1. Januar bis zu 90 Prozent des Nettoeinkommens betragen. Die Auszeit gab es bislang zwar schon – allerdings unbezahlt. Das ändert sich. Zur Finanzierung dieses Pflegeunterstützungsgelds werden aus der Pflegekasse rund 100 Millionen Euro bereitgestellt.

### **Auszeit mit Rechtsanspruch auf zinsloses Darlehen**

Beschäftigte in Unternehmen mit mehr als 15 Mitarbeitern können heute schon sechs Monate ganz oder teilweise aus dem Job aussteigen, um sich um einen kranken Angehörigen zu kümmern. Neu ist, dass sie künftig einen Rechtsanspruch darauf haben, für diese Zeit ein zinsloses Darlehen aufzunehmen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Das nutzt gerade denen, die sich einen kompletten Verdienstausschlag nicht leisten können. Und für die Pflegenden kann es in dieser Zeit ja auch Pflegegeld geben.

Außerdem wird es in Zukunft für Beschäftigte in Unternehmen mit mehr als 25 Mitarbeitern möglich sein, eine 24-monatige Pflegezeit mit einer Reduzierung der Arbeitszeit auf bis zu 15 Stunden zu nehmen.

### **Mehr Angehörige profitieren**

Das Gesetz zielt jedenfalls darauf ab, dass mehrere Angehörige sich gemeinsam kümmern. Das müssen nicht nur die Kinder sein. Künftig ist es möglich, eine Pflegeauszeit zu nehmen, wenn der Stiefvater oder die Stiefmutter, Schwager oder Schwägerin pflegebedürftig sind. Und: Die neuen Regelungen gelten auch für homosexuelle Paare, die nicht verheiratet sind.

### **Sterbebegleitung möglich**

Künftig können Angehörige in der letzten Lebensphase des pflegebedürftigen Familienmitglieds drei Monate lang weniger arbeiten oder auch ganz auszusetzen. Dieser Rechtsanspruch gilt auch für die Betreuung eines pflegebedürftigen minderjährigen Kindes.

Mein Fazit: Unser Ringen mit CDU/CSU hat sich im Interesse der Pflegenden und der zu Pflegenden gelohnt!

# Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## „KEIN SUEDLINK DURCH MAIN-SPESSART!“

**6.229 Unterschriften in Berlin an den Präsidenten der Bundesnetzagentur übergeben**

„Keine Verlegung der SuedLink-Stromtrasse in den Sinn-, Saale-, Bach- und Werngrund“ – unter diesem Motto habe ich gemeinsam mit Alexander Hoffmann in ganz Main-Spessart mit Unterstützung vieler Mandatsträger und Bürger Unterschriften gesammelt – 6.229 sind inzwischen zusammengekommen. Anfang Dezember haben wir in Berlin den großen Stapel an Unterschriftslisten an Jochen Homann, den Präsidenten der Bundesnetzagentur, übergeben.

### **Recht des Lauteren darf es nicht geben**

Im anschließenden Gespräch, an dem auch Hans Michelbach und Florian Post (energiepolitischer Sprecher der Landesgruppe Bayern in der SPD-Fraktion) teilgenommen haben, haben wir unsere Position verdeutlicht: Ein „Recht des Lauteren“ darf es nicht geben und auch keine Verlegung der sinnvollsten Trassenführung aus rein politischen Gründen.



v.l.: Florian Post, Alexander Hoffmann, Jochen Homann (Bundesnetzagentur), Bernd Rützel, Hans Michelbach

Die von „TenneT“ favorisierte Streckenführung ist aus guten Gründen so gewählt.

Wir freuen uns über die Zusage Homanns, dass mehr als zehn Prozent der Trasse erdverkabelt werden sollen. Das ist deutlich mehr als sonst üblich und ein großer Erfolg.

**Wir sind zuversichtlich, unserer Region mit den vielen Unterschriften und durch die vielen Gespräche, die wir hier in Berlin mit allen wichtigen Entscheidungsträgern führen, eine starke Stimme geben zu können.**

An der Demonstration Anfang Dezember in Karlstadt, bei der die Bürgerinnen und Bürger gegen eine mögliche Verlegung der Stromtrasse

protestierten, konnten wir leider nicht teilnehmen. Es ist eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages und es herrscht für die Mitglieder des Parlaments Präsenzpflcht.

SuedLink hat die Funktion, die Netzstabilität zu sichern und dauerhafte Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die bestehenden Übertragungs- und Verteilnetze stoßen schon jetzt an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in unserer Region reicht bei weitem nicht aus, um die Stromversorgung nach Abschaltung der Kernkraftwerke zu sichern. Wir müssen in diesem Zusammenhang auch die Belange der energieintensiven Unternehmen berücksichtigen – deren Abwanderung wäre für unsere Region kaum verkraftbar.

**Folge mir auf facebook  
(auch ohne facebook-Konto!):  
[www.facebook.com/  
BerndRuetzelMdB](https://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)**

# Aus dem PARLAMENT



Mitte November richtete die SPD-Bundestagsfraktion zum neunten Mal die Woche für Gewerkschaftsjunioren aus. Dazu lädt die Fraktion bundesweit junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für eine Woche nach Berlin ein. Während der Woche werden sie von SPD-Abgeordneten betreut und in deren Arbeit eingebunden. Auch ich habe eine junge Gewerkschafterin betreut, Martina Braum, die als Bundespolizistin Mitglied der Gewerkschaft der Polizei ist und sich auf verschiedenen Ebenen im Personalrat engagiert.

## LISAS POST AUS DEN USA



**Thanksgiving.** In diesen Tagen wird in den USA dieses traditionelle Familienfest gefeiert. Es findet am 4. Donnerstag im November statt und ist eine Art Erntedankfest. Jedoch weicht es stark von der europäischen Version ab: die gesamte Familie kommt für fast eine Woche zusammen, um gemeinsam Zeit zu verbringen und natürlich um gut zu essen. Am Thanksgiving-Tag selbst gibt es dann ein Festmahl vom Feinsten: einen gebratenen und gefüllten Truthahn mit einer großen Auswahl an Beilagen, wie Cranberry-Sauce, Süßkartoffeln, Gemüse sowie Apfel- und Kürbiskuchen. Der Tag danach sorgt dann mit verschiedenen Unternehmungen für Abwechslung. So geht es zum Beispiel zum Weihnachtsgeschenke-Einkauf am „Black Friday“, denn die Geschäfte bieten große Rabatte für alle „Shoppingwütigen“ an. Schon jetzt ist Thanksgiving mein Lieblingsfeiertag in den USA!

**Thanksgiving.** These days this traditional family holiday is celebrated in the

USA. Held on the 4th Thursday in November, it is a kind of harvest festival. However, it differs greatly from the European version; the entire family gets together for almost a week to spend time together and of course to eat well. On Thanksgiving Day itself, there is then a feast at its best: a roasted and stuffed turkey with a large selection of side dishes, such as cranberry sauce, sweet potato, vegetables and apple and pumpkin pie. The day after provides some variety; people flock from their homes for various activities for example, Christmas shopping on "Black Friday" because shops offer great discounts for all shopping enthusiasts. Already Thanksgiving is my favorite holiday in the USA!



Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – diese spannende und einzigartige Kombination bietet das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). In 2014 mit dabei: Lisa Bonengel aus Wiesthal.



# Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## HOHENROTH, WEINPRINZESSIN UND SEELSORGER IN BERLIN

50 Gäste konnte ich am letzten Donnerstag in Berlin begrüßen. Im Advent hatten die BesucherInnen aus Main-Spessart, Miltenberg, Würzburg und Aschaffenburg die Gelegenheit, Berlin nicht nur von der politischen Seite aus zu erfahren.

Die Diskussion war diesmal besonders lebhaft, was nicht nur an der Vielfalt der Themen sondern auch an der besonderen Zusammensetzung dieser Gruppe lag. Parteimitglieder waren ebenso dabei wie Nichtmitglieder, gleich drei Geistliche gehörten dazu und außerdem Bewohnerinnen und Bewohner von Hohenroth. Gerade sie haben sich am Gespräch besonders aktiv beteiligt, das sich um die Anwesenheit der Abgeordneten im Plenarsaal, die Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen, TTIP/CETA, Fracking und andere Themen drehte.

Schon am Mittwoch, dem Anreisetag, besuchte die Gruppe das Auswärtige Amt. Eine Stadtrundfahrt fand am Donnerstag mit einem zweiten Teil ihre Fortsetzung. Nach dem Gespräch mit mir, dem Besuch einer



höchst aktuellen Plenardebatte zum Thema „Aufnahme von Flüchtlingen“ und der Reichstagskuppel stand noch ein Gespräch mit dem Arbeitsstab der Behindertenbeauftragten der Bundesregierung auf dem Programm. Ein Gegenbesuch, denn die Behindertenbeauftragte Verena Bentele war im Frühling Gast in Hohenroth gewesen.

Am Samstag reiste die Gruppe zurück Richtung Gemünden. Sie wird viele Eindrücke und interessante Erfahrungen mit nach Hause nehmen.



Am Freitagmorgen nahm ich die drei Seelsorger (v.l. Diakon Anton Siegler, Dekan Michael Wehrwein, Pfarrer Rudolf Scherbaum) mit zum Gebetsfrühstück in die Parlamentarische Gesellschaft, an dem ich regelmäßig teilnehme. Kurz vor 8 Uhr treffen sich dort jeden Freitag in den Sitzungswochen Abgeordnete, um Bibeltexte zu besprechen und zu beten. Außerdem stand am Freitag für alle Gäste unter anderem eine Führung durch das Bundeskanzleramt auf dem Programm.

# Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## EIN JAHR BÜRGERBÜRO: VON BERLIN-FAHRTEN UND ARBEIT SUCHENDEN BÜRGERN

Mitten in der Gemündener Fußgängerzone habe ich seit nunmehr einem Jahr mein Bürgerbüro. Dieses kleine Jubiläum am 19. November nutzte mein Team, um über die im Büro geleistete Arbeit zu informieren. Mein Bürgerbüro ist die erste Anlaufstelle für alle politisch interessierten Bürgerinnen und Bürger. Hier und im Berliner Büro laufen all die Probleme und Fragen auf, die an mich herangetragen werden.

In meinen Büros in Gemünden und Berlin wurden alleine in 2014 297 Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, von Vereinen, Interessengruppen und Bürgerinitiativen beantwortet. Das sind fast eineinhalb Anfragen pro Tag und gerechnet werden nur die, die nicht sofort geklärt werden können am Telefon oder wenn jemand direkt ins Büro kommt.

### Es geht nicht nur um Politik

Die Anfragen drehen sich nicht nur um politische Fragen, viele Bürgerinnen und Bürger wenden sich an ihren lokalen Abgeordneten, weil sie

Probleme und Ärger mit Behörden und Verwaltungen haben. Oder wenn es Probleme bei der Arbeitssuche oder mit dem Arbeitgeber gibt. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Büro sind oft auch als Sozialarbeiter gefordert. Und das neben der Arbeit, für die sie eigentlich zuständig sind.

Mein Bürgerbüro organisiert die Fahrten nach Berlin, schreibt Pressemitteilungen und Grußworte, organisiert Veranstaltungen und koordiniert meine Termine in ganz Unterfranken. Und es bearbeitet zusammen mit meinem Berliner Büro inhaltlich all die politischen Themen, die hier vor Ort anfallen.

Wichtiger Bestandteil der Arbeit vor Ort sind auch die regelmäßigen Sprechstunden, die Rützel in Würzburg, Miltenberg, Aschaffenburg, Lohr und natürlich auch in Gemünden abhält. Auch hier kommen Bürgerinnen und Bürger mit den unterschiedlichsten Fragen und Probleme zu mir. Oft beginnt das Gespräch mit einem konkreten, sehr persönlichen Problem und endet bei tagespolitischen Themen wie Pflegereform, Mindestlohn oder IS-Terror. Die nächste Sprechstunde in Gemünden ist am 10. Dezember von 12 bis 13 Uhr.

## DOUDRÜ G'HÖRT GEREDT

Am Mittwoch, den 10. Dezember, startete ich eine neue Veranstaltungsreihe in meinem Bürgerbüro.

„doudrü g'hört geredt – ein Gesprächsabend mit Menschen, die etwas zu sagen haben“ war der Titel dieser neuen Veranstaltungsform.

Ich versammelte interessante Menschen aus der Region um mich und unterhalte mich mit ihnen an einer Art „Büro-Stammtisch“ über ein bestimmtes Thema.

Los ging es am 10. Dezember mit dem Thema „Sterbehilfe“. Anfang 2015 wird der Bundestag über neue gesetzliche Regelungen hierfür abstimmen – und mithilfe meiner GesprächspartnerInnen wollte ich mir vorab einen Überblick über dieses heikle Thema verschaffen. Ob Notar oder Rettungssanitäter, Pflegekraft, Hausärztin oder Geistlicher: sie alle haben ganz persönliche Erfahrungen dabei gemacht, Menschen auf dem letzten Weg zu begleiten – die idealen GesprächspartnerInnen also, um sich als Abgeordneter eine Meinung zu diesem Thema zu bilden.

**Einen ausführlichen Bericht gibt es im nächsten Newsletter!**

# Aus dem PARLAMENT



## **FRACKING: KEINE ERDGASFÖR- DERUNG MIT GIFTIGEN CHEMIKALIEN**

Fracking verunsichert große Teile der Bevölkerung. Dazu tragen vor allem Bilder aus den USA und Kanada bei, die über Fernsehbeiträge auch in Deutschland verbreitet werden. Auch wenn mittlerweile erwiesen ist, dass die Bilder nicht der Wahrheit entsprechen, bleiben die Ängste in der Bevölkerung oft bestehen.

**Für die SPD-Bundestagsfraktion haben der Schutz von Gesundheit, Trinkwasser und der weiteren Umwelt oberste Priorität.**

Nun haben das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie das Bundesumweltministerium einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das so genannte gefährliche unkonventionelle Fracking in Deutschland verbieten soll. Zudem soll die konventionelle Erdgasgewinnung, wie sie seit mehr als 40 Jahren in Deutschland – vor allem in Niedersachsen – stattfindet, härter reguliert werden. Außerdem soll unter strengen Vorgaben die Erforschung möglich sein. Falls das unkonventionelle Fracking ohne Bedrohung für Mensch und Umwelt durchzuführen ist, dann

können die Bundesländer nach einer Beurteilung durch eine wissenschaftliche Kommission von 2019 an kommerzielles Fracking zulassen. Aber sie müssen es nicht tun.

Der vorgelegte Gesetzentwurf schafft im internationalen Vergleich mit die schärfsten Regelungen zum Fracking. Augenblicklich wird der Entwurf mit weiteren Bundesministerien abgestimmt. Er soll Anfang kommenden Jahres vom Kabinett verabschiedet und im Anschluss vom Parlament beraten werden.

So weit so gut. Anhand von Fragen und Antworten erläutere ich Ihnen und Euch im Folgenden, worum es beim Fracking im Allgemeinen geht, und was durch den Gesetzentwurf wie geregelt werden soll.

### **Was ist Fracking?**

Der Begriff des Frackings leitet sich vom englischen Wort (to) fracture, zu Deutsch aufbrechen oder Riss, ab. „Hydraulic Fracturing“ oder „Fracking“ steht für die Technologie, mit der Erdgas und auch Öl gefördert werden. Dazu wird das Gasvorkommen angebohrt und zusätzlich ein Gemisch aus Wasser, Sand und chemischen Zusatzstoffen (Frackflüssigkeit) mit hohem Druck eingepresst. Damit werden kleine Risse im Ge-

stein erzeugt, in dem das Gas eingelagert ist. Dadurch wird das Gas freigesetzt und gelangt an die Oberfläche.

### **Was ist der Unterschied zwischen „konventionellem“ und „unkonventionellem Fracking“?**

Das konventionelle Fracking erfolgt in Sandstein in größerer Tiefe als 3000 Meter unter der Erdoberfläche und damit unterhalb der Grundwasservorkommen. Hierbei wird Frackflüssigkeit in wesentlich geringeren Mengen eingebracht als beim unkonventionellen Fracking. Das Gas steigt meist nach der Bohrung ohne zusätzlich eingebrachten hydraulischen Druck an die Oberfläche. Deshalb wird Frackflüssigkeit hierbei eher bei der Förderung von Restvorkommen der jeweiligen Bohrung und bei weniger durchlässigem Gestein eingesetzt. Unkonventionelles Fracking ist die Förderung von Gas aus Schiefer- und Kohleflözgestein. Beides ist in der Regel oberhalb von 3000 Metern Tiefe und somit näher am Grundwasser zu finden. Für die Gasförderung aus diesen Gesteinen (weniger porös als Sandstein) muss Druck mittels Frackflüssigkeiten erzeugt werden, die umwelttoxische (umweltgiftige) Stoffe enthalten.

# Aus dem PARLAMENT



Konventionelles Fracking wird zur Erdgasförderung in Deutschland – am häufigsten in Niedersachsen – seit mehr als 40 Jahren angewendet. Im Jahr 2012 wurden in Deutschland 11,7 Milliarden Kubikmeter Erdgas gewonnen, was etwa 13 Prozent des deutschen Gesamtverbrauchs ausmacht.

Unkonventionelles Fracking wird in Deutschland nicht angewendet, weshalb hier auch keine Erfahrungen damit bestehen.

## Was haben SPD und Union im Koalitionsvertrag zum Fracking vereinbart?

Die Koalitionspartner haben sich darauf verständigt, dass es das so genannte „Fracking“ mit umweltschädlichen Substanzen zur Erdgasgewinnung in Deutschland nicht geben darf. Weil die Auswirkungen des unkonventionellen Frackings auf Mensch, Natur und Umwelt wissenschaftlich noch nicht hinreichend geklärt sind, sollen unter strengen Auflagen Erprobungen möglich sein. Trinkwasser und Gesundheit haben absoluten Vorrang. Auch bei Erprobungen dürfen nur Frackflüssigkeiten eingesetzt werden, die nicht wassergefährdend sind. Zudem soll kurzfristig ein besserer Schutz des Trinkwassers geschaffen werden.

## Was soll mit einem Gesetz zum Fracking erreicht werden?

Konventionelles Fracking wird seit den 60er-Jahren nach dem geltenden Berg- und Wasserrecht geregelt und darf keine Gefahr für Gesundheit und Trinkwasser bedeuten. Derzeit ist von der Gesetzeslage her auch unkonventionelles Fracking in Deutschland grundsätzlich erlaubt. Ziel des Gesetzes ist der Schutz von Gesundheit und Trinkwasser, deshalb wird konventionelles und unkonventionelles Fracking in Gebieten, in denen Trinkwasser gewonnen wird, und in Wasserschutzgebieten verboten. Auch außerhalb dieser besonders sensiblen Gebiete wird Fracking oberhalb von 3000 Metern Tiefe zur Gasgewinnung im Schiefer- und Kohleflözgestein – so genanntes unkonventionelles Fracking – generell und unbefristet untersagt. Durch die Verbotsgrenze bis zu 3000 Metern Tiefe wird das Grundwasser geschützt.

Wissenschaftlich begleitete Erprobungsvorhaben im Schiefer- und Kohleflözgestein sind oberhalb dieser Grenze erlaubt, wenn die dafür eingesetzte Frackflüssigkeit Wasser nicht gefährdet. Nach erfolgreichen Erprobungsmaßnahmen kann kommerzielles unkonventionelles Fracking von 2019 an nur dann erfolgen,

wenn eine unabhängige Expertenkommission für Umwelt und Erdbbensicherheit mehrheitlich die Unbedenklichkeit bestätigt und die zuständigen Berg- und Wasserbehörden der Länder das Fracking genehmigen. Allerdings müssen die Landesbehörden (Bergbaubehörde im Einvernehmen mit der Wasserbehörde) einem positiven Bescheid hinsichtlich der Umweltverträglichkeit durch die Expertenkommission nicht folgen.

Für das konventionelle Fracking wird das Gesetz strengere Vorgaben als bislang vorsehen.

## Wer wird in der Expertenkommission vertreten sein?

Die Bundesregierung setzt die Expertenkommission ein. Sie wird aus sechs unabhängigen Vertreterinnen und Vertretern bestehen, die jeweils aus folgenden Institutionen entsandt werden sollen: der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), dem Umweltbundesamt (UBA), einem Landesamt für Geologie, das nicht für die Zulassung der Erprobungsmaßnahmen zuständig ist, dem Deutschen Geoforschungszentrum Potsdam (Helmholtz-Gesellschaft), dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung

# Aus dem PARLAMENT



Leipzig und einer geeigneten universitären Forschungseinrichtung (wird vom Bundesrat benannt).

## Welche Aufgaben soll die Expertenkommission haben?

Die sechs unabhängigen Experten sollen Erprobungsmaßnahmen zu unkonventionellem Fracking wissenschaftlich begleiten und auswerten. Dazu sollen sie jährlich zum 30. Juni Erfahrungsberichte erstellen. Die ersten Berichte werden zum 30. Juni 2018 vorgelegt. Deshalb wird vor Ende 2018 kein kommerzielles unkonventionelles Fracking in Deutschland stattfinden können. Die Expertenkommission wird außerdem auf Basis eines gemeinsamen Berichtes den beantragten Einsatz der Fracking-Technologie in der jeweiligen geologischen Formation bewerten.

## Wann kann die Landesbehörde kommerzielles, unkonventionelles Fracking zulassen?

Bevor auf Länderebene kommerzielles unkonventionelles Fracking zugelassen wird, müssen drei Voraussetzungen erfüllt sein:

**1.** Die unabhängige, sechsköpfige Expertenkommission muss auf der Grundlage eines gemeinsamen Berichtes den Einsatz der Fracking-Technologie in der jeweiligen Gesteinsformation mehrheitlich mit

mindestens vier Stimmen als unbedenklich erklären.

**2.** Die Kommission zur Bewertung wassergefährdender Stoffe beim Umweltbundesamt muss die eingesetzten Stoffe als nicht wassergefährdend eingestuft haben. Die sonstigen öffentlich-rechtlichen Zulassungsvoraussetzungen, wie die Einhaltung des wasserrechtlichen Besorgnisgrundsatzes, müssen vorliegen. Der Besorgnisgrundsatz ist dann gegeben, wenn im konkreten Einzelfall nicht von der Hand zu weisen ist, dass ein natürliches Schutzgut – hier Wasser – Schaden nehmen kann. Der Nachweis, dass hier kein Schaden entstehen wird, muss z.B. durch eine Prognose geführt werden, die auf konkreten Feststellungen beruht, sachlich vertretbar und nachvollziehbar ist.

**3.** Die zuständigen Landesbehörden sind nicht an das Votum der Expertenkommission gebunden. Die Experten müssen die Unbedenklichkeit jedoch bestätigt haben, bevor eine Zulassung erteilt werden kann.

## Welche neuen Regelungen gibt es auch für das konventionelle Fracking?

Das in Deutschland bereits eingesetzte konventionelle Fracking wird an moderne und sichere Umweltstandards angepasst: Der Umgang

mit dem Rückfluss von Frackflüssigkeit und Lagerstättenwasser, welches sich auf natürliche Weise in der Lagerstätte des Gases gebildet hat und bei der Gasförderung an die Oberfläche tritt, hat gemäß des Standes der Technik zu erfolgen. Das Verpressen in den Boden soll nur dann zulässig sein, wenn es unbedenklich und umweltfreundlicher ist als andere Entsorgungsmöglichkeiten. Rückfließende Frackflüssigkeit darf nicht untertage eingebracht werden. Zudem muss die Integrität des Bohrloches sichergestellt sein, das heißt Einzementierung und Verrohrung müssen intakt sein. Die verwendete Frackflüssigkeit darf höchstens schwach wassergefährdend sein. Des Weiteren muss vor allen Frackingvorhaben inklusive der Entsorgung von Rückfluss und Lagerstättenwasser eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgen. Dieses Verfahren erhöht die Transparenz und beteiligt die Öffentlichkeit. Außerdem sind Regelungen zur Vorsorge vor Erdbeben und zur Vermeidung von Methanemissionen vorgesehen. Bei möglichen Bergschäden, z. B. Rissen in Gebäuden, die mit dem Fracking in Verbindung stehen können, soll künftig die Beweislast beim frackenden Unternehmen liegen. Das stärkt die Position derer,

# Aus dem PARLAMENT



die geschädigt sind. Die federführenden Bergbehörden müssen bei allen Zulassungen zum Fracking das Einvernehmen mit den Wasserbehörden herstellen.

## **Ist Fracking in Deutschland für die Energieversorgung und den Klimaschutz wichtig?**

Der Blick auf die Gasvorkommen in Deutschland macht deutlich: Fracking kann keinen substantziellen Beitrag leisten, um unsere Energie

versorgung zu sichern oder unsere Klimaziele zu erreichen. Der Ausbau erneuerbarer Energien und eine höhere Energieeffizienz sind die beiden zentralen Hebel für das Gelingen der Energiewende.

**Mehr zu aktuellen politischen Themen und zu meiner Arbeit in Unterfranken und Berlin unter [www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)**



Mit diesem stimmungsvollen Foto aus Rieneck, das ich selbst geschossen habe, wünsche ich Ihnen einen schönen, besinnlichen Advent, frohe Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Ihr Bernd Rützel